

Europa weiß-blau

Netzwerktreffen zum politischen Jahresauftakt

Donnerstag, 10.01.2019 um 11:00 Uhr

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Bierkeller

Rue Wiertz 77, 1000 Brüssel

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Schretter,

sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen
Parlaments,

sehr geehrte Unternehmens- und
Verbandsvertreter,

meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserem traditionellen
politischen Jahresauftakt!

Das Jahr 2019 ist für die EU richtungsweisend:

- Im Mai steht die neunte Europawahl an. Im Vorfeld gilt es, Populisten und Europafeinden die Stirn zu bieten und sie argumentativ zu stellen.
- Auch die Brexit-Verhandlungen erfordern eine geschlossene EU, die sich ihrer Werte und Ziele bewusst ist. Nächste Woche wissen wir, ob das britische Parlament dem mühsam ausgehandelten Brexit-Deal zustimmt.

Zudem müssen wir den Reformprozess zur Weiterentwicklung der EU voranbringen, dabei aber Maß halten:

Europa muss stark und stabil sein, aber schlank bleiben!

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sind wir der Ansicht, dass vor allem in der Handels-, Asyl-, Außen- und Sicherheitspolitik „mehr Europa“ nötig ist.

Der weiter gärende Handelsstreit mit den USA zeigt, dass Europa nur mit einer Stimme die notwendige Verhandlungsmacht entfalten kann.

Als bayerische Wirtschaft unterstützen wir zudem die asylpolitischen Pläne der EU,

- die Herkunfts- und Transitländer stärker zu unterstützen,
- die EU-Außengrenzen besser zu schützen,
- ein einheitlich geltendes Asylsystem zu etablieren,

- die Sekundärmigration stärker zu bekämpfen,
- und eine europäische Grenzpolizei einzuführen.

Eine bessere Zusammenarbeit brauchen wir außerdem in der Außen- und Sicherheitspolitik. So können Synergien geschaffen und Kosten gespart werden.

Auch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes steht zurecht im Fokus europäischer Reformbestrebungen.

Das Beispiel Bayern zeigt, wie wichtig der Europäische Binnenmarkt ist: 56 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU.

Umgekehrt brauchen die bayerischen Unternehmen Vorleistungen aus dem europäischen Ausland.

Wichtig ist vor allem, dass der digitale Binnenmarkt möglichst schnell vollendet wird.

Nur so können wir das Wachstumspotenzial der Digitalwirtschaft optimal nutzen.

Die Digitalisierung ist der Motor für Innovationen und für künftiges Wachstum.

Viele Maßnahmen der EU gehen hier in die richtige Richtung.

Ich denke hier etwa an

- die Investitionspläne zur Stärkung der Künstlichen Intelligenz in Europa,
- Anreize für zusätzliche Investitionen in den Ausbau von Informations- und Kommunikationsnetzen
- und die Förderung europaweit einheitlicher Standards zur Cyber-Sicherheit.

Auch bei Forschung und Entwicklung sind gemeinsame europäische Strategien zielführend.

An anderer Stelle muss Brüssel aber einen Richtungswechsel vollziehen.

Eine europäische Sondersteuer auf digitale Geschäftsmodelle lehnen wir ab. Sie würde den Aufbau europäischer digitaler Plattformen behindern.

Mit Blick auf die internationale Konkurrenz in den USA und in Asien wäre eine solche Zusatzbelastung fatal.

Ein wichtiger Baustein ist auch eine starke Industrie.

Wir begrüßen den wiedergewonnenen Stellenwert der Industrie in der europäischen Politik.

Ziel der Europäischen Kommission ist es, den industriellen Wertschöpfungsanteil von 16 auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erhöhen.

Das ist aber nur möglich, wenn die Auswirkungen aller Politikbereiche auf die

Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Eine Schwächung der deutschen Industrie kann nicht im Interesse Europas liegen.

Die Debatte über den deutschen Handelsüberschuss ist absurd.

Die anderen Länder in der EU profitieren vom Erfolg Deutschlands – einfach deswegen, weil eine starke deutsche Wirtschaft mehr aus anderen EU-Ländern importiert.

In einer wissenschaftlichen Studie haben wir nachgewiesen, dass allein die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungen und Investitionsgütern 3,4 Millionen Jobs in den EU-Ländern sichert.

Dort, wo der Ruf nach mehr Europa

- auf mehr Staat,
- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa aber nicht stärker, sondern schwächer machen!

Die Sozialpolitik muss weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme mit einer Vielzahl von einzelstaatlichen Regelungen, z. B. in den Tarifverträgen, können und dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Kontraproduktiv ist auch die immer wieder geäußerte Forderung deutscher Sozialdemokraten, eine Europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Der Vorschlag, mit Beiträgen von Mitgliedstaaten eine Art Fonds aufzubauen, der nationalen Arbeitslosenversicherungen in Krisenzeiten mit Krediten aushilft, bedeutet die

direkte Weiterleitung deutscher Haushaltsmittel in europäische Töpfe.

Bei einem Beitrag von 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung, wie vom Internationalen Währungsfonds errechnet, müsste Deutschland mindestens 11,4 Milliarden Euro jährlich einzahlen.

Das ist teuer und ineffektiv.

Eine Europäische Arbeitslosenversicherung würde manche Staaten dazu verleiten, ihre Reformbemühungen wieder zurückzufahren.

Wir wollen aber nicht, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt! Wir wollen, dass Staaten nach Krisen aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen.

Das geht am besten über die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit

Ein zentraler Hebel dafür ist die europäische Finanz -und Steuerpolitik. Sie muss stärker auf Wachstum ausgerichtet sein!

Parallel dazu muss in jedem Mitgliedstaat eine Haushaltskonsolidierung erfolgen.

Ausgaben müssen investiv ausgerichtet sein.

Ein wichtiges Ziel muss es außerdem sein, die Regeln der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zu harmonisieren.

Meine Damen und Herren,

die Europawahl in diesem Jahr entscheidet über die Fortentwicklung der EU. An uns allen liegt es, die europäischen Werte – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – gegen die Populisten zu verteidigen.

Gemeinsam müssen wir für ein geeintes und stabiles Europa eintreten!

Vorgänge, wie wir sie derzeit in Großbritannien mit dem Brexit erleben, dürfen sich nicht wiederholen. Vielen Dank!